

Special | US-Wahl

Iran hofft auf Änderung der Sanktionspolitik

Das derzeit äußerst angespannte Verhältnis zwischen Washington und Teheran dürfte sich unter Joe Biden etwas entspannen. Aber es ist mit sehr schwierigen Verhandlungen zu rechnen.

11.11.2020

Von Robert Espey | Dubai

In Teheran war in den letzten Monaten von offizieller Seite immer wieder zu hören, die Bedeutung des Wahlausgangs sei für Iran von geringer Bedeutung. So erklärte Regierungschef Rouhani: "Egal wer gewinnt, die nächste US-Administration wird sich dem Willen der iranischen Nation beugen müssen." Nach Bekanntgabe des Wahlsiegers sagte Rouhani, er hoffe, die neue US-Regierung werde aus den Fehlern der vergangenen Jahre lernen und ihre Verpflichtungen gegenüber Iran erfüllen.

Damit ist das 2015 abgeschlossene Atomabkommen gemeint, das Donald Trump 2018 aufgekündigt hat. Alle ausgesetzten US-Sanktionen wurden reaktiviert und zahlreiche neue erlassen. Neben der Rückkehr zum Atomabkommen fordert Teheran einen Ausgleich für die durch US-Sanktionen entstandenen Schäden.

Irans Wirtschaft befindet sich seit 2018 auf Talfahrt. Die Coronakrise ist nun eine zusätzliche Belastung. Auch der iranischen Regierung ist bewusst, dass die Wirtschaft ohne Sanktionserleichterungen kaum vorankommen kann. Joe Biden will zu dem unter Obama ausgehandelten Atomabkommen zurück, wenn auch Iran seinen Verpflichtungen zur Beschränkung des Nuklearprogramms wieder nachkommt.

Gleichzeitig hat Biden deutlich gemacht, dass er mit Teheran über andere strittige Themen, insbesondere über das Raketenprogramm, die iranischen Aktivitäten in Syrien, Irak, Jemen und Libanon sowie über Menschenrechtsfragen verhandeln möchte. Beobachter gehen davon aus, dass die Beziehungen zwischen Iran und den USA vorerst schwierig bleiben.

Dieser Beitrag gehört zu:

[Die US-Wahl und ihre Folgen für Asien](#)

Mehr zu:

Iran
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Manfred Tilz

Wirtschaftsexperte

 +49 228 24 993 234

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.